

Zürcher Binz-Areal erneut besetzt

ZÜRICH Das Binz-Areal in der Stadt Zürich ist erneut im Beschlag von Besetzern. Rund 100 Personen begaben sich am Freitagabend auf das leer stehende Industriearial, um ein dreitägiges Fest zu feiern. Nach Auseinandersetzungen mit der Polizei war die Stimmung friedlich, allerdings gab es Lärmklagen. Die kantonale Baudirektion forderte die Polizei dazu auf, das Gelände zu räumen. Obwohl der stellvertretende Polizeivorsteher der Stadt Zürich, Filippo Leutenegger, bei einem Augenschein vor Ort von den Besetzern tödlich angegriffen wurde, entschied die Stadtpolizei gestern, das Areal vorerst nicht zu räumen. Man nehme die Besetzer bei ihrem Wort, das Areal bis Sonntagabend wieder aufgeräumt und verlassen zu haben. Das Binz-Areal war bereits von 2006 bis 2013 von Besetzern zwischen-genutzt gewesen. Im Zusammenhang mit der Räumung kam es zu einem Demonstrationszug mit grossem Sachschaden. (FB)

70-Jähriger tot nach Traktorunfall

RÜDERSWIL Gestern ist in der Emmentaler Gemeinde Rüderswil ein Mann mit einem Traktor tödlich verunfallt. Offenbar rutschte das Fahrzeug an einem Hang ab und überschlug sich, wie die Berner Kantons-polizei mitteilte. Als die alarmierten Rettungskräfte eintrafen, sass der 70-jährige Landwirt neben seinem demolierten Traktor und war ansprechbar. Kurz darauf verlor er jedoch das Bewusstsein und verstarb trotz Reanimationsbemühungen noch auf der Unfallstelle. (FB)

Vier Verletzte bei Absturz eines Sportflugzeugs

MÜNSTER VS Gestern Morgen ist beim Flugplatz Münster im Oberwalis ein Kleinflugzeug abgestürzt. Dabei wurden vier Personen verletzt, wie die Kantonspolizei Wallis mitteilte. Das Sportflugzeug befand sich auf dem Landeanflug, als der Pilot wegen heftiger Böen die Landung abbrach und durchstarten wollte. Darauf kam es einige hundert Meter von der Landebahn entfernt zum Absturz auf eine Wiese. Dabei wurden der Pilot und seine drei Passagiere, die zwischen 54 und 60 Jahre alt sind, leicht bis mittelschwer verletzt. Sie wurden in Visp in Spital-pflege gebracht. Das Kleinflugzeug wurde durch den Absturz komplett zerstört. (FB)

WETTER

Wechselhaft

Heute gibt es einen bunten Mix von Sonne, Wolken und Regen. Die Temperaturen bewegen sich bei schwülen 26 bis 28 Grad. 26

GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

5	9	13	16	31	36
Glücks-Zahl					6
Replay-Zahl					2

Die Gewinne:

6 GZ	0 à CHF	-
6	0 à CHF	-
5 GZ	12 à CHF	6797.25
5	47 à CHF	1000.00
4 GZ	357 à CHF	164.80
4	1847 à CHF	79.50
3 GZ	4985 à CHF	29.80
3	20 096 à CHF	10.20

Jackpot 6,3 Mio. Franken

Joker:

6	6	8	6	2	5	
6	0 à CHF					-
5	4 à CHF					10 000.00
4	16 à CHF					1000.00
3	178 à CHF					100.00
2	1999 à CHF					10.00

Euro Millions:

1	21	22	43	48
Sterne 7 / 9				

2 EUROPA-DEBATTE

«So geht die Schweiz «s Loch ab»»

SVP-Vordenker Christoph Blocher zeigt erstmals im Detail auf, wie er in Sachen Europa vorgehen will: Wo er angreift – und wo nicht

VON OTHMAR VON MATT

Herr Blocher, welche Folgen hat der Fall Griechenland für die Schweiz?

Christoph Blocher: Auch der Letzte sieht nun neu die Fehlkonstruktion der EU und des Euro. Endlich sollte dies Folgen haben.

Wie meinen Sie das?

Mit dem vom Bundesrat und Parlament geplanten Rahmenvertrag, wo wir EU-Recht übernehmen und den EU-Gerichtshof anerkennen müssen, wird die Schweiz ein Kolonialstaat und wir rutschen mehr und mehr in die EU. Dieser Vertrag ist unter allen Umständen zu verhindern.

Griechenland wird seine Schulden niemals zurückzahlen können.

Dieser Meinung bin ich auch. Mit der für Griechenland viel zu harten Währung, der unglaublichen Schuldenlast und dem innenpolitischen Desaster wird Griechenland die Wirtschaft nicht auf Touren bringen. Ich bin überzeugt, das Beste für Griechenland wäre ein Konkurs und der Austritt aus der EU, was aber die EU aus politischen Gründen nicht will. Trotzdem: Für die Zukunft ist dies nicht ausgeschlossen.

Was sagen Sie zum IWF?

Der IWF haftet für Griechenland. Die Schweiz ist dort Mitglied. Die Schweiz zahlt mit. Ein Austritt wäre das Richtige. Doch politisch ist die Zeit nicht reif. Wir müssen jetzt die Hauptgefahr für die Schweiz abwenden: den Rahmenvertrag mit der EU verhindern. Bedauerlicherweise werden wir, wie seinerzeit bei der EWR/EU-Abstimmung, alle gegen uns haben, leider auch die FDP.

«Wir stellen uns dieser Schlacht um die Bilateralen lustvoll», sagte FDP-Präsident Philipp Müller. «Davon kann Herr Blocher ausgehen.»

Er meint den Rahmenvertrag, denn eine andere Abstimmung steht ja nicht an. Mit dem Begriff «bilaterale Verträge» kaschiert er, dass es um den EU-Anschluss und die Missachtung des Massenzuwanderungsartikels geht. Sicher wird alles kaschiert werden. Etwa so: «Wollt ihr den Vertrag über die erfolgreiche Fortsetzung des bilateralen Weges gutheissen?» Auch 1992 wollte man kaschieren und verschleiern, dass der EWR unweigerlich den EU-Beitritt nachgezogen hätte. Doch das Schweizervolk hat dies durchschaut.

Worüber wird abgestimmt? Das ist die Grundfrage.

Bundesrat und alle anderen Parteien haben das Mandat genehmigt: Danach muss durch die Schweiz auf allen Gebieten, in denen wir Verträge mit der EU haben oder noch abschliessen werden, das Folgerecht der EU automatisch übernommen werden. Damit wird man zur Kolonie und letztlich zum Mitglied der EU. Und kommt es zum Streit, muss der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Damit müssten wir uns fremdem Recht und fremden Richtern beugen. Das Schweizervolk würde ausgeschaltet, die Schweiz geschwächt und Wohlfahrt und Freiheit würden geopfert.

Sie selbst stellen die Bilateralen nicht ernsthaft infrage?

Nein, nein. Einzig den Vertrag über die Personenfreizügigkeit. Das hat das Schweizervolk so beschlossen.

Die Bilateralen sind so wichtig, weil sie der Schweiz den Zugang zum 500-Millionen-Markt der EU sichern.

Die Verträge werden überschätzt. Sie sind für die EU-Länder besonders bedeutungsvoll. Als WTO-Mitglied und durch den Freihandelsvertrag mit der EU haben wir Zugang zum EU-Binnenmarkt. Natürlich wäre es eine ernsthafte Gefahr, wenn die EU gegenüber der Schweiz Zölle erheben würde. Doch als WTO-Mitglied ist das der EU verboten.

Sie beziehen sich plötzlich stärker auf die WTO und weniger auf das Freihandelsabkommen von 1972?

Beide sind von Bedeutung. Ich bin aber überzeugt: Die EU hat kein Interesse, die sechs Verträge, die mit der Personenfreizügigkeit verknüpft sind, aufzulösen.

Wann, glauben Sie, gilt es für Sie in Sachen Abstimmung ernst?

Wir bereiten uns auf die Abstimmung über den EU-Anschlussvertrag – oder Rahmenvertrag – vor. Hier geht es um die Souveränität der Schweiz und die Rettung der direkten Demokratie. Also muss dieser Vertrag vor das Volk und dort abgelehnt werden. Wohl in der zweiten Hälfte 2016 – vielleicht auch früher oder später.

Das wird eine Art Bilaterale III?

Vielleicht heisst der Tarnname so oder anders.

Es ist absehbar: Sie werden allein sein.

Wie bei der EWR/EU-Abstimmung 1992 wird wohl alles, was «Rang und Namen» hat, gegen uns sein. Auch diesmal wohl wieder die Wirtschaftsverbände und kleinkarierte Manager und Unternehmer. Diese glauben, man müsse wegen ein paar momentanen wirtschaftlichen «Vorteilen» die ganze Staatsordnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft preisgeben. Sie sind bereit, die Souveränität und die direkte Demokratie aufzugeben. Obwohl sie den Volksrechten unglaublich viel verdanken.

Was denn?

Wer beerdigte all die linken Initiativen? Seinerzeit die Lehrwerkstätten-Initiative? Mindestlohn? 1:12? Mitbestimmung, 6 Wochen Ferien, Erbschaftssteuer, Steuerharmonisierung? Und vor allem: Ohne das damalige Nein zu EWR/EU wäre die Schweiz heute ein Mitglied der EU – gar ohne Schweizer Franken.

Mit der Rasa-Initiative steht eine Korrektur-Abstimmung zur Diskussion. Das EDA will sie unter allen Umständen vermeiden. Man glaubt, zu verlieren.

Das ist klar. Die Bürger sind wütend. Die Massenzuwanderung hält unvermindert an, obwohl Volk und Stände entschieden haben. Die Rasa-Initiative will die Volksabstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative rückgängig machen. In Bundesbern wird laviert, mit der EU gesprochen, aber nicht gehandelt, was auch für den Asylbereich gilt.

Was erwarten Sie?

Der erste Weg ist vorgespurt: Man wird ein ungenügendes Ausländergesetz vorgehen und die SVP auf das Referendum verweisen. Doch die SVP wird kein Referendum ergreifen. Gewannen wir das Referendum, gälte wieder die heutige Masseneinwanderung, die Volk und Stände verworfen haben.

Wie sieht die zweite Möglichkeit aus?

Es ist der Weg, den wohl das EDA und Herr Bundesrat Burkhalter beschreiten. Man legt dem Volk einen Rahmenvertrag mit automatischer Übernahme von fremdem Recht und fremden Richtern vor. Der würde dann die Volksabstimmung über die Massenzuwanderung rückgängig machen.

Mit einer solchen Abstimmung liesse sich die Masseneinwanderungsinitiative aushebeln, glauben Sie?

Genau, das ist ihr Ziel.



«Bilaterale III? Vielleicht heisst der Tarnname so – oder anders.»

ALEX SPICHALE

Die Schutzklausel wird zum mehrheitsfähigen

Wirtschaft, CVP und BDP wollen den Bundesrat dazu bringen, seine Strategie beim Ausländergesetz umzukrempeln und neu

VON OTHMAR VON MATT

Immer, wenn es wichtig wurde, war auch er mit von der Partie: Michael Ambühl, ehemaliger Staatssekretär und heute ETH-Professor für Verhandlungsstrategie und Konfliktmanagement.

Sei es an der SVP-Kadertagung vom 9. und 10. Januar in Bad Horn. Dort erläuterte er sein Schutzklausel-Modell. Die Formel: Übersteigt die Zuwanderung der Schweiz den Mittelwert der Zuwanderung aller 28 EU-Staaten, soll sie die Schutzklausel anrufen dürfen.

Sei es in der Märzsession im Sigriswiler Kreis, einem losen Klub bürgerlicher Nationalräte von SVP, FDP, CVP und GLP. Es waren Kuno Hämisegger, Cheflobbyist der Bankiervereinigung, und

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz, welche die Runde vom 4. März zusammen-gestellt hatten. Sie diskutierte mit Ambühl, wie die Schutzklausel das Problem der Zuwanderung lösen könnte. Vom Sigriswiler Kreis diffundierten die Diskussionen in die bürgerlichen Parteien.

Das Schutzklausel-Modell ist jene Idee, die den breitesten Konsens hat, wenn es darum geht, wie die Zuwanderung begrenzt werden könnte, ohne die Personenfreizügigkeit zu gefährden. Mit den Aussagen von SVP-Vordenker Christoph Blocher erhält sie zusätzlich Auftrieb. Einzelne Unternehmer hätten ihm in persönlichen Gesprächen eine wirksame Schutzklausel nähergebracht, sagt Blocher im Interview. «Mir wurde gesagt, würde man die durchschnittliche Zuwan-

derungszahl der EU-Staaten, inklusive Flüchtlinge, zugrunde legen, käme man in der Schweiz auf rund 21 000», sagt er. «Solche Vorschläge sind zu prüfen.» Er sei «bereit, darüber zu sprechen». Blocher: «Es wäre eine Diskussionsgrundlage.»

SPÄTESTENS SEIT der Vernehmlassung zum Entwurf der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative im Ausländergesetz dürfte die Schutzklausel auch für das Justizdepartement (EJPD) ein Thema sein. CVP, BDP und Wirtschaftsverbände kritisierten die Vernehmlassungs-Vorlage und sprachen sich für eine EU-kompatible Schutzklausel aus. Und FDP-Präsident Philipp Müller sagte Ende Mai in der «Sonntagszeitung», die FDP unterstütze die Idee einer Schutzklausel.

In der Regierung selbst könnte die Schutzklausel inzwischen eine knappe Mehrheit haben. Eher ablehnend dürften dem Konzept Simonetta Sommaruga, Alan Berset (beide SP) und Didier Burkhalter (FDP) gegenüberstehen. Für die Klausel sind Doris Leuthard (CVP) und Johann Schneider-Ammann (FDP), eher dafür Ueli Maurer (SVP) und Eveline Widmer-Schlumpf (BDP).

Es war BDP-Präsident Martin Landolt, der das Konzept einer Schutzklausel am 16. März 2014 in der «Schweiz am Sonntag» als Erster präsentierte, lange, bevor Ambühl am 22. Dezember seine mathematische Formel veröffentlichte. Die Schweiz solle die Zuwanderung an die Grössenordnungen in der EU anbinden, eine partielle Personenfreizügigkeit ein-

Beat Schmid
stv. Chefredaktor

Rücktritt von Schäuble wäre konsequent

Wolfgang Schäuble hat sich in eine Sackgasse hineinmanövriert. Vergangenes Wochenende präsentierte er seine Idee für einen «temporären Grexit». Er überrumpelte damit die Euro-Finanzminister, die den alten Polemiker jedoch kalt abblitzen liessen und ein neues Rettungspaket für Griechenland zimmernten. Schäuble erzeugte mit seiner Forderung einen nicht mehr zu kittenden Bruch in der Eurozone. Dass er nun eine Woche nach seinem gescheiterten Putschversuch selbst mit einem Exit liebäugelt, ist nur konsequent.

Schäubles Abgang von der internationalen Bühne würde die verfahrenere Situation in Europa verbessern und das Vertrauen in Deutschland als verlässlichem Partner wiederherstellen. Das wäre wohl auch im Sinn seiner Chefin Angela Merkel. Dass Schäuble diese Woche in trotzigen Interviews erneut den Grexit als Lösungsweg ins Spiel brachte, obschon er am Wochenende von der Mehrheit der Eurofinanzminister in den Senkel gestellt wurde, offenbart ein erhebliches Mass an Sturheit.

Ein Abgang des unbequemen Finanzpolitikers würde hingegen keine Abkehr der Spar-Doktrin bedeuten. So haben sich die exkommunistischen Nordostländer der Eurozone in den Verhandlungen für eine noch härtere Gangart gegenüber den Griechen ausgesprochen. Mit oder ohne Schäuble, den eingeschlagenen Weg der Austeritätspolitik wird die Eurozone weiter beschreiten. Wie gefestigt diese Position innerhalb der Gruppe ist, zeigt sich auch daran, dass der IWF weitere Gelder für Griechenland zur Verfügung stellt, obschon dessen Chefin Christine Lagarde an der Wirksamkeit des aufgegleisten Hilfspakets zweifelt und dringend eine nachhaltige Restrukturierung des gigantischen griechischen Schuldenbergs fordert.

An der Notwendigkeit eines Schuldenschnitts zweifelt niemand mit klarem Sachverstand. Selbst konservative Beobachter wie der «Economist» sehen nebst überfälligen Reformen keine andere Möglichkeit, wie der strangulierten griechischen Wirtschaft Sauerstoff zugeführt werden könnte. Tritt Wolfgang Schäuble zurück, steigen die Chancen auf eine vernünftige Politik. Das ist entscheidend für Griechenland und Europa.

beat.schmid@schweizamsonntag.ch



Dem Vertrag müssten Staaten zustimmen. Das geht kaum schnell genug.

Die 28 EU-Staaten werden leichten Herzens einem Vertrag zustimmen, der die Schweiz zur Kolonie und schliesslich faktisch zum EU-Mitglied macht. Die Botschaft erwarten wir frühestens auf die Dezembersession 2015 oder für die Frühlingssession 2016. Der Masseneinwanderungsartikel muss bis 2017 umgesetzt sein. Ist das Gesetz nicht so weit, muss der Bundesrat dies über eine Verordnung lösen.

Kämpfen Sie gegen eine Verordnung?

Wir werden uns einbringen. Werden sich die anderen Parteien wieder gegen die Umsetzung des Masseneinwanderungsartikels stemmen, muss die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit spätestens dann erfolgen.

Die Initiative liegt fertig formuliert in der Schublade?

Ja, als vorbehaltener Entschluss. Es sind noch verschiedene Formulierungsvarianten. Aber er heisst sinngemäss: «Der Vertrag über die Personenfreizügigkeit wird auf den frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt.» Aber wir hoffen immer noch auf Vernunft im Bundeshaus. Einzelne Unternehmer glauben auch, man könnte dies mit einer Schutzklausel erreichen.

Sie stehen auf Ihrer Seite?

Sie sehen immerhin im persönlichen Gespräch ein, dass die heutige Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden muss. Sie reden von einer wirksamen Schutzklausel.

Und Ihre Antwort?

Es kann nur eine Lösung interessieren, die die Einwanderung massiv senkt. Die Frage ist, ab wann die beschlossene Kontingentierung und der Inländerschutz gelten sollen. Dieser Sockel müsste sehr tief liegen. Sonst kann man gar nicht darüber reden. Ich bin bereit, über alles zu reden, aber die durch das Volk beschlossene Wirkung – massiv weniger Zuwanderung – muss erzielt werden.

Ausgerechnet Sie?

Mir wurde gesagt, würde man die durchschnittliche Zuwanderungszahl der EU-Staaten, inklusive Flüchtlinge, zugrunde legen, käme man in der Schweiz auf rund 21000. Ob dies stimmt, weiss ich nicht. Es ist nicht an uns, Vorschläge zu machen. Der Verfassungsartikel ist umzusetzen. Aber solche Vorschläge sind zu prüfen.

Dem stimmen Sie zu?

Nein. Aber ich bin bereit, darüber zu sprechen. Es wäre eine Diskussionsgrundlage. Notfalls ist sie ohne EU durchzusetzen.

In Bern gibt es Diskussionen zu einer Schutzklausel à la Michael Ambühl.

Davon spreche ich. Nur er nennt keine Zahlen. Aber das ist das Einzige, was interessiert.

Wie hoch dürfte die Zuwanderung aus EU-Staaten mit der Schutzklausel und Kontingentierung maximal sein?

Ich kann nur auf die Zeit vor 2007 – das Jahr, wo die unkontrollierte Personen-

freizügigkeit in Kraft gesetzt wurde – verweisen. Sie lag im Durchschnitt etwas über 20000. In einzelnen Jahren war sie viel höher, bei schlechtem Wirtschaftsgang war sie sogar negativ. So muss es sein.

Kann man das mit der EU aushandeln?

Ist sie nicht verhandlungsbereit, ist selbstständig zu handeln.

Sie würden das einseitig verfügen?

Ich würde der EU darlegen, dass sie die bilateralen Verträge nicht einhält, darum müsste die Schweiz handeln.

Braucht der Rahmenvertrag das Ständemehr?

Ja, selbstverständlich. Er soll ja sogar über der Verfassung stehen, also ist das obligatorische Referendum zwingend.

Sie glauben, das EDA wolle kein obligatorisches Referendum?

Ich höre aus der Verwaltung, man wolle kein obligatorisches Referendum. Das wäre ein weiterer Skandal. Doch bis zu den Wahlen schweigt man über diese Frage im Bundeshaus.

SVP-Präsident Toni Brunner erklärte den Schulterschluss zur Makulatur. FDP- und CVP-Präsidenten wollen ihn weiterführen. Was nun?

Toni Brunner hat zu Recht festgestellt, dass sich CVP und FDP nicht daran halten. Damit ist klar: Nur wer SVP wählt, sorgt dafür, dass es weniger Masseneinwanderung, weniger Asyl-Chaos, keine weitere EU-Unterstellung und weniger Steuern, Abgaben und Gebühren gibt.

Und zwischen SVP und FDP herrscht wieder Zoff wie früher?

Kein Zoff. Aber Philipp Müller ist beim Stopp der Masseneinwanderung und Europa gekippt, wie ich in Ihrer Zeitung gelesen habe.

Wie sehen Sie FDP und CVP?

Vordergründig – vor den Wahlen – ist man grundsätzlich für das bürgerliche Gedankengut, um es im konkreten Fall abzulehnen. Leider macht auch die Economiesuisse mit, die sogar beim Radio- und Fernsehgesetz gegen die Interessen der Wirtschaft die Ja-Parole herausgab.

Da ist sie also wieder, Ihre altbekannte Strategie: Man unterschreibt einen Schulterschluss, der scheitert, weil alle anderen zu links sind. Und eine Partei rettet die Schweiz – die SVP.

Mindestens für die Hauptprobleme der Bevölkerung ist dies leider so. Aber auch in der Ordnungspolitik rutscht man nach links. Schauen Sie, wer wie bei den Innovationsparkprojekten stimmte.

Diese Idee gefällt Ihnen nicht?

Die Steuerzahler sollen für einen staatlich subventionierten Innovationspark zahlen? Staatlich subventionierte betriebliche Innovation ist der Tod der Innovation. Das ist eine sozialistische Idee, ein schwerer Schlag gegen die Ordnungspolitik. Wer steht da in der ersten Reihe? Der freisinnige Ruedi Noser und die Wirtschaftsverbände. So geht die Schweiz «s Loch ab».

■ DIE VERZWICKTE ABSTIMMUNGS-SITUATION

Der 9. Februar 2014 hat möglicherweise gleich vier Abstimmungen zur Folge: mit zwei Vorhaben der Regierung, der Rasa-Initiative und einer parlamentarischen Initiative. Die Regierung muss die Folgen des 9. Februars auf zwei Ebenen lösen: innenpolitisch im Ausländergesetz, aussenpolitisch in den Verträgen mit der EU. Die Umsetzung im Ausländergesetz liegt im Entwurf vor. Sie sieht Kontingente für Migranten nur dann vor, wenn sie nicht im Widerspruch stehen zur Personenfreizügigkeit. Die EJPD-Botschaft unterliegt dem Referendum. Deutlich verzwickter prä-

sentiert sich die Situation aussenpolitisch. Einerseits gibt es den institutionellen Rahmenvertrag, für den sowohl die Schweiz als auch die EU bereits ein Mandat verabschiedet haben. Er sieht die dynamische Rechtsübernahme vor – und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Schlichtungsstelle. Gleichzeitig bahnt sich seit der Bundesratssitzung vom 24. August eine Art Bilaterale III an. Man wolle nun alle Anliegen gebündelt in die Diskussion mit der EU einbringen, via einen Chefunterhändler, sagte Aussenminister Didier Burkhalter. Nicht nur die Regierung

ist aktiv geworden. Das Komitee «Raus aus der Sackgasse» (Rasa) will mit einer Initiative den SVP-Zuwanderungsartikel aus der Verfassung streichen. 70 000 Unterschriften hat es bereits zusammen. Ob Rasa die Initiative zurückziehen wird, «müssen wir uns gut überlegen», sagt Franziska Barmettler, Leiterin Politik von Swisscleantech. «Wir entscheiden das, wenn der Zeitpunkt gekommen ist.» Auch das Parlament will eine Abstimmung. In zwei parlamentarischen Initiativen fordern CVP und BDP, die Vertragsbeziehungen mit der EU in der Verfassung zu verankern.

en Instrument

die Schutzklausel in die Revision aufzunehmen

führen und sie mit Kontingenten verbinden, fand Landolt. Zur Vernehmlassungsvorlage äusserte er sich enttäuscht. Der einleitende Artikel mache das ganze Gesetz faktisch zu einer Drittstaatenlösung, hielt er fest. In der jetzigen Fassung sei die Vorlage «weder verfassungskonform, noch löst sie irgendein Problem mit der EU».

Der Ruf nach einem Umdenken des Bundesrats ist nicht zu überhören. «Die Wirtschaft, die CVP und die BDP favorisieren bei der inländischen Gesetzgebung die Schutzklausel als Gegenentwurf zum bundesrätlichen Vorschlag», sagt CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Er geht sogar so weit, dass er sagt: «Nimmt der Bundesrat keinen Strategiewechsel vor, riskiert er, dass das Parlament eine eigene Gesetzesvorlage zimmert.» Mit

der Schutzklausel, denkt Pfister, hätten die bürgerlichen Mitte-Parteien «das Ei des Kolumbus gefunden» und könnten deshalb «offensiv kommunizieren».

KLAR IST EINES: Es eilt. Sollte der Bundesrat bis zum 9. Februar 2017 keine Lösung finden, «muss er laut den neuen Verfassungsbestimmungen eine Verordnung erlassen», sagt Céline Kohlprath, Sprecherin des Staatssekretariats für Migration (SEM). Der Zeitplan ist ambitionös. Im Herbst will der Bundesrat eine Gesamtbeurteilung vornehmen. Berücksichtigt wird das Vernehmlassungsergebnis zum Ausländergesetz und der Stand der Gespräche mit der EU. Dann entscheidet er das Vorgehen. Anfang 2016 will er die Revision verabschieden.